

1. SEPTEMBER
ANTIKRIEGSTAG

ANTIKRIEGSTAG 2019

KUNDGEBUNG

SAMSTAG, 31. AUGUST 2019

UM 14 UHR

IN LÜBECK AM KLINGENBERG

Es singt der
Gewerkschaftschor **BROT & ROSEN**

Bundesweit demonstriert die Friedensbewegung mit zahlreichen Veranstaltungen und Kundgebungen am Antikriegstag für den Frieden und gegen den Krieg, für Abrüstung statt Aufrüstung.

Achtzig Jahre ist es jetzt her, dass Polen von Truppen des faschistischen Deutschland überfallen wurde und der zweite Weltkrieg begann mit all seinen schrecklichen Folgen. Auch Lübeck wurde am 29. März 1942 bombardiert.

Zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert versuchte eine deutsche Regierung den Griff nach der Weltmacht und scheiterte wieder. Die Rohstoffquellen in Ost und West waren das Ziel. Im Osten sollte neuer „Lebensraum“ für Deutsche erobert und die Sowjet Union vernichtet werden. Die Herren über Europa wollten die Nazis sein.

Europa wurde aber nicht nur mit Krieg überzogen, sondern es wurde auch versucht den Faschismus deutscher Lesart durchzusetzen.

In den von der Wehrmacht besetzten Ländern begann eine beispiellose Verfolgung und systematische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, der Sinti und Roma, der Homosexuellen, der Kommunisten, der PazifistInnen und all derjenigen, die Widerstand leisteten.

Heute noch gilt

„NIE WIEDER KRIEG – NIE WIEDER FASCHISMUS“!

Aufgrund dieser Historischen Erfahrung gibt es eine deutsche Verantwortung für den Frieden.

Die Friedensbewegung fordert deshalb:

Abrüsten statt den Rüstungsetat zu verdoppeln

Atomkrieg verhindern und den UN Vertrag zum Verbot aller atomwaffen Waffen unterzeichnen

Die Militarisierung der EU beenden und eine Armee der Europäer verhindern

Keine Beteiligung an dem Krieg gegen Syrien, Afghanistan, Mali und dem von den USA angedrohten Krieg gegen den Iran.

Deutsche Truppen sofort von der Grenze zu Russland abziehen

Veranstalter: food not bombs · FAIRverEINEN, DFG/VK Bad Oldesloe und Lübeck
VVN-BdA Lübeck | Hzgt.Lauenburg · DGB · ver.di



NIE WIEDER KRIEG! NIE WIEDER FASCHISMUS! FÜR FRIEDEN UND ABRÜSTUNG!

„NIE WIEDER KRIEG! NIE WIEDER FASCHISMUS!“

Das ist die Antwort der Gewerkschaften auf das unermessliche Leid, das Nazi-Deutschland über die Welt gebracht hat als es am 1. September 1939 Polen überfiel und damit die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs auslöste. Achtzig Jahre nach Beginn des grauenhaften Vernichtungskriegs der Nazis haben wir allen Anlass, am Antikriegstag daran zu erinnern, wohin das Wiedererstarken von blindwütigem Nationalismus und Militarismus, von Menschenfeindlichkeit und Rassismus führen kann.

Demokratie, Frieden und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen entschlossen verteidigt werden. Das weiß niemand besser als wir Gewerkschaften. Deshalb waren wir von Anfang an zentraler Teil der Friedensbewegung und haben zu ihren Erfolgen beigetragen. Wir wissen aber auch: Unser Kampf gegen Faschismus, nationalistische Kriegstreiberei und besinnungsloses Wetttrüsten ist längst nicht vorbei. Im Gegenteil: Wir leben heute in einer Welt, in der unser gewerkschaftlicher Einsatz für eine starke Friedensbewegung besonders gefordert ist.

Die aktuelle Weltlage ist geprägt durch Unsicherheit und Instabilität. Wir werden nicht nur Zeuge, wie ein neuer Aufrüstungswahn um sich greift, sondern sehen uns mit einer neuen nuklearen Bedrohung konfrontiert. In einer Zeit, in der alle Atomkräfte dabei sind, ihre Nuklearwaffen zu modernisieren, steigen die USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran aus und kündigen das Abkommen über nukleare Mittelstreckensysteme mit Russland. Auch die Bundesregierung ist in der Verantwortung, diesem Irrsinn Einhalt zu gebieten. Sie muss endlich den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterzeichnen, dem bereits rund 130 Staaten zugestimmt haben.

Welche Ausmaße das neuerliche Wetttrüsten erreicht hat, zeigt sich bei den Militärausgaben. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs waren sie nie so hoch wie heute: Weltweit belaufen sie sich auf mehr als 1,6 Billionen Euro. Und auch die Bundesregierung kennt kein Halten. Betrug der deutsche Verteidigungsetat 2015 noch 33 Mrd. Euro, so ist er inzwischen auf 43,2 Mrd. Euro gestiegen. Wenn Deutschland die NATO-Vorgabe befolgt, seine Wehraus-

gaben bis 2024 auf zwei Prozent des BIP zu steigern, so läge sein Rüstungsetat in fünf Jahren bei 85 Mrd. Euro.

Schluss damit! Schon heute nimmt Deutschland den achten Platz bei den Rüstungsausgaben ein. Und das, obwohl das Geld für öffentliche Investitionen an allen Ecken und Enden fehlt – ob nun für die Gestaltung der sozialökologischen Transformation durch Klimawandel und Digitalisierung, in der Alterssicherung und Pflege, beim sozialen Wohnungsbau, bei der Entwicklung eines umfassenden Gesundheitssystems oder bei der Modernisierung von Schulen und dem Kita-Neubau. Statt mit Unsummen das Wetttrüsten anzuheizen, fordern wir die Bundesregierung auf, die dafür vorgesehenen Mittel in ein sozial gerechtes Deutschland und Europa mit nachhaltigen Zukunftsperspektiven zu investieren.

Soziale Gerechtigkeit und sichere Zukunftsperspektiven für alle – das ist zugleich die wirksamste Antwort auf die Spaltungs- und Ausgrenzungsparolen von Rechtsextremisten und Rechtspopulisten. Sie machen mobil gegen unsere Demokratie und sagen unserer vielfältigen und weltoffenen Gesellschaft den Kampf an. Wie wenig die Rechtsextremisten dabei vor Gewalt und Terror zurückschrecken, hat erst jüngst der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke verdeutlicht.

Weltweit befinden sich die Feinde der Demokratie, Autokraten und autoritäre Regime auf dem Vormarsch. Sie schüren neue Feindbilder. Sie instrumentalisieren die tiefe Verunsicherung, die das Gefühl bei vielen Menschen auslöst, in einer Welt zu leben, die völlig aus den Fugen geraten ist. Eine Welt, die durch eine wachsende Zahl an bewaffneten Konflikten geprägt ist. Eine Welt in der sich 70 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg und Bürgerkrieg, vor politischer Verfolgung, vor Naturkatastrophen und Armut befinden.

All diese Probleme lassen sich nur mit weniger statt mit mehr Waffen lösen. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, engagiert sich der DGB in der Friedensinitiative „Abrüsten statt Aufrüsten“. Deren Aufruf gegen das Zwei-Prozent-Ziel der NATO haben inzwischen mehr als 150.000 Unterstützerinnen und Unterstützer unterzeichnet. Wir rufen öffentlich dazu auf, den Aufruf mitzuunterschreiben und sich an den zahlreichen Aktionen der Initiative zu beteiligen (<https://abruesten.jetzt>).